

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

174 7 **Bekanntgabe der in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzungen

175 7 Beschluss: 7:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung am 21.07.2009 wurde den Bauausschussmitgliedern mit der Sitzungseinladung übermittelt. Einwendungen wurden nicht erhoben. Damit gilt die Niederschrift vom Bauausschuss gemäß Art. 54 Abs. 2 GO i. V. mit § 23 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat für die Amtszeit von 2008 bis 2014 als genehmigt.

Realisierung des Bürgerhauses Unterföhring: Bemusterung einer Teilmöblierung (Stühle und Tische) für den großen und kleinen Saal sowie für die Vereinsräume und Sanitärausstattung

Der Bürgermeister berichtet, dass am 09.09.2009 ein Bemusterungstermin von neun verschiedenen Stuhlmodellen und drei Tischmodellen in der Gemeindehalle durchgeführt wurde.

An diesem Bemusterungstermin nahmen der Erste Bürgermeister, Herr Ramadan künftiger Kulturamtsleiter, Herr Settele Kulturbeauftragter, Herr Harrer vom Ing.-Büro Bühnenplanung Kottke, Herr Guttenberger und Herr Bossog vom Architekturbüro WGG aus Stuttgart und Vertreter der Gemeindeverwaltung teil. Als Brandschutzbeauftragter der Gemeinde war Herr Riederer ebenfalls zu diesem Termin anwesend.

Für diesen Termin wurde in der Gemeindehalle fünf Reihen (je Reihe 14cm) ansteigendes Gestühl aufgebaut um einen ersten Eindruck zu erhalten, wie die Sichtverhältnisse zur Bühne mit den Stuhlmodellen im geplanten großen Saal des Bürgerhauses sein könnten.

Für die Anwesenden kamen nach der Erläuterung des planenden Architekten Herrn Guttenberger, Stuttgart, und nach ausführlichen Diskussionen und Probesitzen, drei Stuhlmodelle in die engere Auswahl. Dabei wurde u. a. die Funktionalität (stapelbar, Gewicht) Sitzqualität (mit und ohne Sitzpolster, Armlehnen), Optik (Holz, Kunststoff) Kosten sowie technische Anforderungen (Brandschutz, Reihenverbindung, Nummerierungssystem, etc.) getestet und abgefragt.

Die drei vorgeschlagenen Modelle wurden in der Gemeinderatssitzung am 17.09.2009 vorgestellt. Der Gemeinderat favorisierte dabei folgendes

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Stuhlmodell,

- Nr. 9 Modell S360/S260, Fa. Thonet, Markt Schwaben
mit der Maßgabe, dass das Stuhlgestell in Metall matt gebürstet ausgeführt sein muss

und Tischmodell (Klapptisch),

- Four Cast, Fa. Office Concept by Böhmler, München
mit der Maßgabe, dass das Tischgestell in Metall matt gebürstet und farblich (Tischplatte) zu den ausgewähltem Stuhlmodell passend sein muss. Die genauen Kosten sind noch durch die Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, zu ermitteln.

Die endgültige Entscheidung wurde dem Bauausschuss mit Einbindung des Kulturamtsreferenten, Herrn Ramadan, im Hinblick auf Komfort (Stuhl mit Armlehnen, Sitzflächenpolsterung) übertragen. Eine Reduzierung von Sitzplätzen ist bei der Ausstattung durch Stühle mit Armlehnen dadurch nicht auszuschließen.

a) Stuhl- und Tischmodelle

Die vorgestellten Stuhl- und Tischmodelle sind für den großen und kleinen Saal sowie für die Galerie im großen Saal vorgesehen. Für den großen Saal inkl. Galerie sind bis zu 700 Stühle und für den kleinen Saal sind 80 Stühle vorgesehen. Hierzu erläutert Herr Guttenberger, Stuttgart, den Unterschied der Bestuhlung auf der Galerie mit fest installierten Stühlen ohne Gestell oder loser Bestuhlung. Der G.T.E.V. Unterföhring wird gemäß Mitteilung von Herrn Franz Klietsch vom 21.09.2009 die derzeit vorhandenen Stühle (ca. 67 Stück) in den Vereinsraum des G.T.E.V. im Bürgerhaus mit übernehmen. Eine Neuanschaffung für den G.T.E.V. ist somit derzeit nicht erforderlich.

Für die Ausstattung des Restaurants, der Kegelbahn und des Mietpartyraumes ist eine eigene Bemusterung mit gastronomieorientierten Stühlen und Tischen unter Einbindung der beiden Brauereivertreter (Augustiner und Hofbrauhaus Freising) sowie des künftigen Pächters durchzuführen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Farbe der Polsterung, Farbe des Holzes und die Art der Polsterung für die ausgewählten Stühle in der heutigen Sitzung noch nicht entschieden werden muss. Hierzu soll eine eigene Bemusterung (Farbe und Ausführung der Polsterung sowie der Farbe des Holzes) im großen Saal des Bürgerhauses voraussichtlich im Winter 2009/2010 unter Berücksichtigung der Bühnenstoffe sowie der Lichtverhältnisse usw. in den Sälen durchgeführt werden, um die Farbauswahl im Gesamteindruck der Räumlichkeiten treffen zu können. Herr Ramadan hat sich in der Sitzung ausdrücklich für das Stahlmodell Thonet mit hoher Rückenlehne und den Klapptisch Four Cast ausgesprochen.

Auf der Baustelleneinrichtungsfläche wurde für die heutige Bemusterung der Sanitärausstattung ein Bemusterungscontainer aufgestellt. Es handelt sich dabei um die Form der Waschbecken, WC-Bürsten, Abfalleimer, Armaturen, Spiegel etc. Zur Auswahl stehen die im Leistungsverzeichnis abgefragten Ausstattungsgegenstände mit einer weiteren Alternative zu Verfügung. Das Leitfabrikat sowie die Alternativen sind im Kostenbudget genehmigt.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

176 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt für folgende/s Stuhl- und Tischmodell:

- für den großen Saal

Stuhl Modell: Thonet (Nr. 9) Modell S360/S260 mit

Armlehne ja

Sitzpolster ja

Rückenpolster ja (hohe Rückenlehne)

Metall matt gebürstet

Tisch Modell: Four Cast

- für den kleinen Saal

Stuhl Modell: Thonet (Nr. 9) Modell S360/S260 mit

Armlehne ja

Sitzpolster ja

Rückpolster ja (hohe Rückenlehne)

Metall matt gebürstet

Tisch Modell: Four Cast

- Vereinsräume (außer G.T.E.V.)

Stuhl Modell: Thonet (Nr. 9) Modell S360/S260 mit

Armlehne ja

Sitzpolster ja

Rückenpolster ja (hohe Rückenlehne)

Tisch Modell: Four Cast (Metall matt gebürstet)

zu.

Weiter ist ein kleines Kontingent an Stühlen ohne Armlehnen, Modell Thonet (Nr. 9) Modell S360/S260 einzuplanen.

Eine Farbauswahl und Materialartauswahl der Stühle ist durch den Bauausschuss zu einem noch bestimmenden Termin zu entscheiden. Durch den Architekten, Werkgemeinschaft Guttenberger, Stuttgart, ist ein Vorschlag für die Bestuhlung auf der Galerie zu unterbreiten. Dabei ist von einer fest installierten Bestuhlung auszugehen.

b) Sanitärausstattung

Für die Bemusterung der Sanitärausstattung (z.B. Armaturen, Handtuchhalter, Spiegel, WC-Sitz etc.) konnten die Mitglieder des Bauausschusses vor Sitzungsbeginn ab 18.30 Uhr im Bemusterungscontainer an der Münchner Straße (Telekom-Grundstück) die ausgeschriebenen Ausstattungsgegenstände zu besichtigen. Die ausgestellten Muster sind Umfang des ausgeschriebenen Leistungsverzeichnisses. Soweit innerhalb der Ausschreibung kostenneutrale alternative Ausstattungsgegenstände gegeben sind, liegen diese ebenfalls zur Bemusterung bereit. Darüber hinausgehende Ausstattungsgegenstände sind nicht im Gesamtbudget enthalten. Das Ingenieurbüro Henne & Walter, Herr Greitzke, stand für nähere Erläuterungen zur Verfü-

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

gung und beantwortete Fragen der Anwesenden.

177 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt der Sanitärausstattung gemäß Bemusterung vom 29.09.2009 mit folgenden Eckpunkten zu:

Es sind Abfallbehälter ohne Klappdeckel aufzustellen.
Es sind Desinfektionsspender in den WCs anzubringen.
Auf eine passende Farbgestaltung (Chrom etc.) ist zu achten.
Es sind berührungslose Armaturen Automatic Designer (mit Mehrkosten) in den WCs (in den Bereichen Foyers (UG, EG, 1. OG), des Restaurants, der Bibliothek) anzubringen. Das Modell Hansadesigno (wie bemustert) ist an allen Waschtischen einzusetzen. Im Übrigen wird gemäß dem Bemusterungsprotokoll vom 29.09.2009 zugestimmt.

AZ 1401
3.4,3.1, 4, 2

Vierte Änderung des Flächennutzungsplanes; Abwägung der Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Gemeinderat hat am 14.05.2007 den Aufstellungsbeschluss zur 4. Flächennutzungsplanänderung beschlossen. Der Bürgermeister stellt fest, dass der Planentwurf zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit vom 14.08.2009 bis einschließlich 16.09.2009 öffentlich ausgelegen hat. Die Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit hatten in dieser Zeit die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden keine Hinweise oder Anregungen vorgebracht.

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Hinweise bzw. Anregungen eingereicht:

- Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht
- Landratsamt München – Immissionsschutz und Recht der Abfallwirtschaft
- Landratsamt München – Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaftsrecht
- Regierung von Oberbayern
- Bund Naturschutz
- E.ON Bayern AG
- DB Services Immobilien GmbH
- Stadtwerke München Infrastruktur Region GmbH
- Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht

Das Schreiben vom 31.08.2009 wird bekannt gegeben.

178

7

Beschluss: 7:0

Zu 1

Nachdem der Betreiber der Photovoltaikanlage und Grundeigentümer der betroffenen Grundstücke - Herr Dr.-Ing. Anton Lechner –mit den für einen Tausch in Frage kommenden Grundstückseigentümern Fl.Nrn. 1015, 1018, 1020 und 1022 mit negativem Ausgang verhandelt hat, kann eine Zusammenlegung der Flächen nicht realisiert werden.

Zu 2

In der verbindlichen Bauleitplanung wird festgesetzt, dass die gesetzlichen Abstände der Abpflanzung und Einzäunung der Anlage einzuhalten sind, bzw. werden die Festsetzungen so abgefasst, dass diese Vorgaben berücksichtigt sind. Die Eingrünung ist entsprechend zu pflegen; eine Beeinträchtigung der Landwirtschaft ist nicht zu erwarten.

Die Zuwegung der angrenzenden Grundstücke bleibt über den öffentlich gewidmeten Feldweg mit der Fl.Nr.1019 erhalten.

Eine gewisse Staubentwicklung ist nicht auszuschließen; hierauf wird im Bebauungsplan hingewiesen

Zu 3

In der Begründung wird ausgeführt, dass in dem in Betracht kommenden Umfeld keine schutzbedürftigen Nutzungen vorhanden sind.

Zu 4

Der Hinweis, dass nördlich des Gewerbegebietes ein schmaler landwirtschaftlicher Streifen verbleibt, wird zur Kenntnis genommen.

Zu 5

Der Umweltbericht wurde versehentlich nicht den Verfahrensunterlagen beigegeben; er wird im nächsten Verfahren beigegeben.

Zu 6

Die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen werden im Umweltbericht erläutert.

Zu Redaktionelles:

1.

Im Plan wird die Geltungsbereichsgrenze der Flächennutzungsplanänderung eingetragen.

2.

Bei dem Planzeichen Sondergebiet wird die Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“ ergänzt.

3.

Für die 110 kV-Leitung wird das Planzeichen in die Legende aufgenommen.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

4.
Die Verfahrensvermerke werden angefügt.

Landratsamt München – Immissionsschutz und Recht der Abfallwirtschaft
Das Schreiben vom 19.08.2009 wird bekannt gegeben.

179 7 Beschluss: 7:0

In der Begründung und/oder im Umweltbericht wird ausgeführt, dass in dem relevanten engeren Umfeld von 100 m und darüber hinaus bis zu einem Abstand von knapp 300 m keine schutzbedürftigen Nutzungen vorhanden sind.

Landratsamt München – Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaftsrecht
Das Schreiben vom 27.08.2009 wird bekannt gegeben, in dem auf einige Rahmenbedingungen hingewiesen wird.

180 7 Beschluss: 7:0

Nachdem die Modulreihen für Photovoltaik nun grundstücksparell angeordnet sind, ist eine landschaftsgerechte Eingrünung im Bebauungsplan vorgesehen.

181 7 Regierung von Oberbayern
Das Schreiben vom 11.08.2009 mit Hinweisen wird bekannt gegeben.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Bund Naturschutz
Das Schreiben vom 03.09.2009 wird bekannt gegeben, in dem der Bund Naturschutz den derzeitigen Planungsstand ablehnt.

Der ganze Bereich südlich und östlich der Dieselstraße, östlich der S-Bahn und nördlich der M 3 ist im rechtswirksamen Flächennutzungsplan entsprechend dem Vorschlag des Landschaftsplans als Suchraum für Ausgleichsflächen und Ausgleichsmaßnahmen dargestellt mit der Kennzeichnung „Fläche für landschaftliche Maßnahmen“; in einem Teilbereich ist die Fläche zudem als Aufforstungsfläche ausgewiesen. Tatsächlich finden hier jedoch keine Ausgleichsmaßnahmen statt, weil die Gemeinde hierfür im östlichen Bereich des Gemeindegebiets Ökokontoflächen vorhält; für private bzw. nicht gemeindliche Vorhaben ist die Situierung von Ausgleichsflächen nicht gesteuert. Aus planerischer Sicht wird vorgeschlagen, die Darstellung der Fläche für landschaftliche Maßnahmen und der Aufforstungsfläche mit Ausnahme der Fläche südwestlich des alten Bahndamms (Landschaftsbestandteil) aufzugeben.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

182 7 Beschluss: 7:0

Am Standort der Photovoltaikanlage wird weiterhin festgehalten; die Böden gehen grundsätzlich nicht verloren, denn hierzu wird im Bebauungsplan eine Festsetzung aufgenommen, dass nach Aufgabe der Photovoltaiknutzung die Flächen wieder Flächen für die Landwirtschaft werden.

Die Kennzeichnung der Fläche für landschaftliche Maßnahmen und die Darstellung der Aufforstungsfläche im Bereich Dieselstraße, S-Bahn und Kreisstraße M 3 wird teilweise zurückgenommen. Die bisher festgesetzten Aufforstungsflächen für Wald im Flächennutzungsplan, nördlich des alten Bahndammes sind anzupassen und teilweise entlang der Kreisstraße M 3 zu verlagern; die entfallende Aufforstungsfläche wird Fläche für die Landwirtschaft. Die beiden Baumgruppen sind aus dem Landschaftsplan übernommen und bedeuten sinngemäß „Flurdurchgrünung“ anstreben; es handelt sich nicht um geplante Biotopstrukturen. Die dargestellte „Flurdurchgrünung“ wäre somit mit der Eingrünung der Photovoltaikfreiflächenanlage gegeben und umgesetzt.

Darüber hinaus wird festgestellt, dass gegenüber der bisherigen intensiven landwirtschaftlichen Nutzung zumindest keine Verschlechterung (Vegetation, Tierwelt, usw.) eintritt.

E.ON Bayern AG

Das Schreiben vom 21.08.2009 wird bekannt gegeben, indem die in der Begründung genannte Formulierung „Die Einspeisung des Stroms in die bestehende Umspannstation der E.ON Bayern AG beabsichtigt, deren Grundstück im Nordwesten angrenzt.“ geändert werden soll.

Die von E.ON angesprochenen und im Lageplan dargestellten Leitungen liegen außerhalb des Umgriffs des Bebauungsplans, so dass diesbezüglich nichts veranlasst ist.

183 7 Beschluss: 7:0

Die vorgeschlagene Formulierung bezüglich der Einspeisung in die bestehende Umspannstation der E.ON Bayern AG des erzeugten Stroms wird in die Begründung übernommen.

184 7 DB Services Immobilien GmbH

Das Schreiben vom 28.08.2009 wird bekannt gegeben, indem auf die erforderlichen Abstände in Bezug auf die Bepflanzung hingewiesen wird.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Stadtwerke München Infrastruktur Region GmbH

Das Schreiben vom 03.09.2009 wird bekannt gegeben, in dem darauf hingewiesen wird, dass sich in den Flurstücken 1021 und 1022 (Modulfläche 1) dinglich gesicherte Fernwärme- und Erdgasversorgungsanlagen befinden.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

185 7 Beschluss: 7:0

Die Leitungstrasse der Fernwärme- und Erdgasversorgungsanlagen der Stadtwerke München ist unter den Hinweisen aufzunehmen. Des Weiteren sind die Hinweise im Bebauungsplan Nr. 77/07, zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks, aufzunehmen.

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

Zu dem Bebauungsplanverfahren ließ das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege der Gemeinde eine Karte mit der Denkmalfäche einer frühneuzeitlichen Wüstung zukommen (D-1-7835-0293); es wird angeregt, dieses Bodendenkmal in die zeichnerische Darstellung der 4. Flächennutzungsplanänderung aufzunehmen und in der Begründung darauf hinzuweisen.

186 7 Beschluss: 7:0

Die Bodendenkmalfäche einer frühneuzeitlichen Wüstung (D-1-7835-0293) wird in den Planunterlagen und in die Begründung aufgenommen.

Weiteres Vorgehen:

Die bisher festgesetzten Aufforstungsflächen für Wald im Flächennutzungsplan, nördlich des alten Bahndammes sind anzupassen, bzw. teilweise zu verlagern, evtl. entlang der Kreisstraße M 3.

187 7 Beschluss: 7:0

Die bisher festgesetzten Aufforstungsflächen für Wald im Flächennutzungsplan, nördlich des alten Bahndammes sind anzupassen und teilweise entlang der Kreisstraße M 3 zu verlagern.

Der Planentwurf zur 4. Flächennutzungsplanänderung mit Begründung und Umweltbericht wird mit den beschlossenen Änderungen gebilligt. Die vorgenannten Änderungen sind einzuarbeiten und das Verfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB (öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung) durchzuführen

Az.: 6101
3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Bebauungsplanentwurf Nr. 77/07, zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks; Abwägung der Anregungen im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Planentwurf zur Aufstellung des vorhabensbezogenen Bebauungsplanes nach § 12 und § 30 BauGB, Nr. 77/07, zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks, lag in der Zeit vom

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

27.07.2009 bis einschließlich 04.09.2009 im Rahmen der öffentlichen Beteiligung und der Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 i. V. m. § 4 Abs. 1 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten von 27.07.2009 bis 04.09.2009 die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden folgende Hinweise oder Anregungen vorgebracht.

- Herrn Johann Zehetmair, Unterföhring
- Rechtsanwalt Klaus Betlejewski, München

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Hinweise bzw. Anregungen eingereicht:

- Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht
- Landratsamt München – Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaftsrecht
- Landratsamt München – Immissionsschutz und Recht der Abfallwirtschaft
- Regierung von Oberbayern
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- DB Energie GmbH
- DB Service Immobilien GmbH
- Bayerischer Bauernverband
- Bund Naturschutz in Bayern e.V.
- Stadtwerke München Infrastruktur Region GmbH

Nach Abwägung der öffentlichen Belange wird zu den vorgebrachten Anregungen wie folgt Stellung genommen:

Herrn Johann Zehetmair

Das Schreiben vom 02.09.2009 wird bekannt gegeben, indem Bedenken im Bezug auf die Umzäunung, die Eingrünung, die Befahrbarkeit der bestehenden Wirtschaftswege und eine evtl. entstehende Beschattung vorgebracht werden.

Der gesetzliche Grenzabstand wird entsprechend eingehalten. Die Pflanzung im Osten, Westen und Süden ist aufgrund einer möglichen Verschattung der Modulflächen auf 2,3 m höhenbegrenzt und ist entsprechend zu pflegen. Die Breite für eine 3-reihige Hecke mit vorgelagertem Wiesenstreifen beträgt 4,0 m, im Osten am Etzweg 8,0 m und im Norden 7,0 m (hier ist ein mindestens 3,0 m breiter Wiesenstreifen zwischen Pflanzung und Grenze vorzusehen, da hier die Feldhecke frei wachsen kann – unter Einhaltung der gesetzlich notwendigen Höhen von Bäumen und Sträuchern). Somit hat der Wildschutzzaun (Schutz der Pflanzung) 1,0 m Abstand zur Grundstücksgrenze.

Die Wirtschaftswege sind nicht beeinträchtigt und weiterhin befahrbar.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

188 7 Beschluss: 7:0

Es wird ein Hinweis aufgenommen, dass es aufgrund der landwirtschaftlichen Nutzung der benachbarten Felder zu Staubentwicklungen kommen kann; im Übrigen ist keine Planänderung erforderlich, da die nachbarrechtlichen Anforderungen eingehalten sind. Auf die Beschlussfassung zum Landratsamt München – Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaftsrecht wird hingewiesen.

189 7 Rechtsanwalt Klaus Betlejewski

Das Schreiben vom 02.09.2009 wird bekannt gegeben, in dem Bedenken im Bezug auf die landwirtschaftliche Nutzbarkeit der angrenzenden Grundstücke besteht und eine Begründung nachgereicht wird. Die Begründung lag bis zum 29.09.2009 nicht vor.

Es ist keine Beschlussfassung veranlasst.

Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht

Das Schreiben vom 31.08.2009 wird bekannt gegeben.

190 7 Beschluss: 7:0

Zu 1

Der Hinweis, dass die Gemeinde im Parallelverfahren die vierte Flächennutzungsplanänderung durchführt und evtl. eine Genehmigungspflicht des Bebauungsplans erforderlich wird (§ 8 Abs. 3 und § 10 Abs. 2 BauGB) wird zur Kenntnis genommen.

Zu 2

Nachdem der Betreiber der Photovoltaikanlage und Grundeigentümer der betroffenen Grundstücke - Herr Dr.-Ing. Anton Lechner – mit den für einen Tausch in Frage kommenden Grundstückseigentümern mit negativem Ausgang verhandelt hat, kann eine Zusammenlegung der Flächen nicht realisiert werden.

Zu 3

Der Hinweis, dass der geplante Standort für die Photovoltaik-Anlage ein Bau-recht nach § 34 BauGB bewirken könnte, wird zur Kenntnis genommen.

Zu 4

Es wird nur ein Trafo-/Wechselrichtergebäude an der Südostecke des Photovoltaikmodulfeldes 1 festgesetzt.

Zu 5

Die max. Grundfläche der Photovoltaikmodule wird mit 33.100 m² Grundfläche festgesetzt.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 6

Die Erschließung der Photovoltaikmodulfelder erfolgt ausschließlich über den gemeindlichen, öffentlich gewidmeten Feldweg mit der Fl.Nr.1019; der Weg wird von der Dieselstraße bis zur südlichen Grundstücksgrenze des Photovoltaikmodulfeldes 3 in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes aufgenommen.

Zu 7

Der Hinweis entfällt; stattdessen wird festgesetzt, dass die Flächen nach Aufgabe der Photovoltaiknutzung wieder Fläche für die Landwirtschaft werden.

Zu Redaktionelles

1.

Der Plan wird in Zukunft im Maßstab 1:2000, in dem er auch gezeichnet ist, ausgedruckt und nicht verkleinert.

2.

Den Anregungen wird gefolgt:

- die Ausgleichsfläche wird vermaßt,
- für die Waldfläche wird in der Satzung das Planzeichen ergänzt,
- der Rechtscharakter der Ausgleichsfläche wird in der Satzung ergänzt.

3.

In Festsetzung 3 „Baugrenze“ wird ergänzt „max. Ausdehnung der Modulfelder“.

4.

In der Begründung wird die falsche Fl.Nr. 1020 ersetzt durch die Fl.Nr. 1021.

5.

Die Verfahrensvermerke werden angefügt.

Landratsamt München – Naturschutz, Forstrecht und Landwirtschaftsrecht
Das Schreiben vom 27.08.2009 wird bekanntgegeben.

191

7

Beschluss: 7:0

- Zur Forderung einer dreireihigen Abpflanzung der Anlage:

Die Modulreihen werden nun grundstücksparell angeordnet, dadurch entfallen die „Dreiecksflächen“; die Planzeichnung wird geändert: im Norden ist ein 7m breiter Grünstreifen (incl. der gesetzlichen nachbarschaftlichen Abstände zu landwirtschaftlichen Flächen) als frei wachsende gestufte Hecke festzusetzen; im Süden eine 4 m breite Eingrünung eingetragen (3-reihige Hecke mit Höhenbegrenzung auf 2,3 m), im Osten zum Etzweg bleibt die 8m breite Eingrünung wie gehabt (ohne Höhenbegrenzung), der „Durchblick“ als Wiesenfläche mit insg. 12m Breite bleibt wie bisher eingetragen.

- Sicherheitszaun:

Unter Punkt 8.1 ist bereits festgesetzt, dass die Eingrünungen außerhalb der Modulflächen liegen, d.h. abgepflanzt sind.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Eingriffsbilanzierung:

Die Eingriffsbilanzierung wird entsprechend der neuen Planung angepasst; die Aufwertung des Gehölzbestandes erfolgt mit dem Faktor 0,15; der Lichtungsbereich im Zentrum wird mit 100 % als Ausgleichsfläche berechnet; das verbleibende Ausgleichserfordernis wird berechnet.

Die Ausgleichsflächen werden am Westrand des Flurstückes 1021 dargestellt und das Kompensationsziel angepasst (Teilfläche: Schaffen eines Lebensraumes für die Wechselkröte: Offenlandbereiche und Laichgewässer)
Aussagen zum speziellen Artenschutz werden analog zur 4. FNP-Änderung aufgenommen.

Landratsamt München – Immissionsschutz und Recht der Abfallwirtschaft

Das Schreiben vom 05.08.2009 wird bekannt gegeben.

192

7

Beschluss: 7:0

Im 300 m-Umkreis sind keine schutzbedürftigen Nutzungen von Sonnenlichtreflexionen betroffen; die 180 und mehr Meter entfernten Wohnnutzungen auf Fl.Nr. 914/2 und 914 liegen nördlich der Photovoltaikanlagen und können somit nicht von Sonnenlichtreflexionen betroffen werden.

Da keine Reflexionen auf schutzbedürftige Nutzungen gegeben sind, bestehen keine Anforderungen bezüglich reflexarmen Oberflächen.

Eine Lärmbelästigung durch das Wechselrichtergebäude, die Spannungstransformation, Stromeinspeisung und stärkeren Regen ist wegen der abgesetzten Lage der Anlagen bzw. der ausreichend großen Abstände zu schutzbedürftigen Nutzungen nicht zu befürchten.

Über die Darstellungen in dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan hinaus sind keine baulichen und sonstigen nutzungsmäßigen Entwicklungen ins Auge gefasst.

In der Festsetzung 4.4 wird ergänzt, dass es sich um fest installierte Solarpanelen mit einer Neigung von 25° bis 30° handelt.

Regierung von Oberbayern

Das Schreiben vom 11.08.2009 wird bekannt gegeben, in dem die Festsetzung gefordert wird, dass die Fläche nach Aufgabe der Photovoltaiknutzung wieder zur landwirtschaftlichen Fläche wird.

193

7

Beschluss: 7:0

Es wird eine Festsetzung aufgenommen, dass die Flächen nach Aufgabe der Photovoltaiknutzung wieder Fläche für die Landwirtschaft werden. Im Übrigen wird das Schreiben zur Kenntnis genommen.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Schreiben vom 18.08.2009 wird verlesen, in dem auf das Bodendenkmal D-1-7835-0293 (frühneuzeitliche Wüstung) im Bebauungsplanumgriff hingewiesen wurde.

In diesem Fall ist die Meldepflicht gemäß Art. 8 Denkmalschutzgesetz (DSchG) nicht ausreichend und für die Bodeneingriffe im Bebauungsplanumgriff eine Erlaubnis gemäß Art. 7 DSchG erforderlich.

Die Bodendenkmalverdachtsfläche ragt mit einer kleinen Teilfläche von Norden in die Modulfläche 2 hinein. In diesem Bereich werden nur minimalinvasive Bodeneingriffe erfolgen, in Form von Zaunpfählen und Trägerprofilen für die Module. Es werden keine flächigen Eingriffe in den Boden vorgenommen wie die Anlage von Kabelkanälen unterhalb des Oberbodens.

194 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss erachtet die gesetzliche Meldepflicht gemäß Art. 8 Denkmalschutzgesetz als sachgerecht und nimmt das Bodendenkmal D-1-7835-0293 unter Hinweise im Bebauungsplan auf.

Da keine flächigen Bodeneingriffe erfolgen, sind auf der Ebene der Bauleitplanung keine weiteren Maßnahmen veranlasst. Es ist die Erlaubnispflicht gemäß Art. 7 DSchG unter den Hinweisen aufzunehmen.

DB Energie GmbH

Das Schreiben vom 04.08.2009 wird bekannt gegeben, in dem auf eine 110 kV-Freileitung hingewiesen wurde.

195 7 Beschluss: 7:0

Zu 1 und 2

Die Leitungstrasse mit Masten und Schutzstreifen ist bereits im Plan dargestellt.

Zu 3

Es wird ein Hinweis aufgenommen, dass die Ausführungspläne der Anlage im Bereich der Schutzstreifen Höhenangaben üNN enthalten müssen und dass diese Pläne der DB Energie vorzulegen sind.

Zu 6

Es wird ein Hinweis aufgenommen, dass in einem Radius von 9m um den Mast 1275 (südlich des Modulfeldes 3) keine Bepflanzungen durchgeführt werden dürfen.

Zu 7

Die Lkw-Zufahrt zu Mast 1275 wird im Plan dargestellt.

Im Übrigen werden die Äußerungen zur Kenntnis genommen.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

DB Service Immobilien GmbH

Das Schreiben vom 28.08.2009 wird bekanntgegeben, indem auf den Mindestabstand der Bäume zur nächstgelegenen Gleisachse hingewiesen wird.

196 7 Beschluss: 7:0

Es wird ein Hinweis aufgenommen, dass der Mindestabstand von Bäumen zur nächstgelegenen Gleisachse sich aus der Endwuchshöhe zuzüglich 2,5 m Sicherheitsabstand ergibt. Im Übrigen wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

Bayerischer Bauernverband:

Das Schreiben vom 02.09.2009 wird bekanntgegeben, in dem Bedenken im Bezug auf die Umzäunung, die Eingrünung, die Befahrbarkeit der bestehenden Wirtschaftswege und eine evtl. entstehende Beschattung vorgebracht werden. Des Weiteren wird auf die entstehende notwendige Ausgleichsfläche hingewiesen.

197 7 Beschluss: 7:0

Die Zuwegung der angrenzenden Grundstücke bleibt über den öffentlich gewidmeten Feldweg mit der Fl.Nr.1019 erhalten.

Die gesetzlichen Abstände der Abpflanzung und Einzäunung der Anlage sind einzuhalten; die Eingrünung ist entsprechend zu pflegen; eine Beeinträchtigung ist nicht zu erwarten.

Die Eingrünung ist aufgrund der Verschattung der Module auf 2,3m im Süden, Westen und Osten begrenzt.

Die Ausgleichsfläche wird im Westen der Anlage zur Verfügung gestellt.

Nachdem der Betreiber der Photovoltaikanlage und Grundeigentümer der betroffenen Grundstücke - Herr Dr.-Ing. Anton Lechner - mit den für einen Tausch in Frage kommenden Grundstückseigentümern mit negativem Ausgang verhandelt hat, kann eine Zusammenlegung der Flächen nicht realisiert werden.

Bund Naturschutz in Bayern e.V.:

Das Schreiben vom 02.09.2009 wird bekanntgegeben, indem bei Genehmigung der Anlage auf dem beantragten Grundstück die aufgeführten Ergänzungen 1 – 5 des Schreibens in den Bebauungsplan mit aufgenommen werden sollen.

198 7 Beschluss: 7:0

Am Standort der Anlage wird weiterhin festgehalten; die Böden gehen grundsätzlich nicht verloren, denn hierzu ist eine Festsetzung aufgenommen worden, dass nach Aufgabe der Photovoltaiknutzung die Flächen wieder Flächen für die Landwirtschaft werden.

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die vorgeschlagenen Ergänzungen (Punkt 1 – 5) werden zur Kenntnis genommen und sind bereits entsprechend im Umweltbericht, den Festsetzungen oder Hinweisen zum Bebauungsplan enthalten.

Stadtwerke München Infrastruktur Region GmbH

Das Schreiben vom 25.08.2009 wird bekannt gegeben, indem auf die angrenzenden Grundstücke mit den vorhandenen Versorgungsleitungen hingewiesen wird. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass sich in bzw. an den Grenzen der Flurstücke 1021 und 1022 (Modulfläche 1) dinglich gesicherte Fernwärme- und Erdgasversorgungsanlagen befinden.

199 7 Beschluss: 7:0

Die Sachlage, dass der Schutzstreifen des Schieberkreuzes (Fl.Nr. 1021) nicht bepflanzt werden darf, wird in den Bebauungsplan als Hinweis aufgenommen.

Im Übrigen wird das Schreiben zur Kenntnis genommen.

Die Leitungstrasse der Fernwärme- und Erdgasversorgungsanlagen der Stadtwerke München ist unter den Hinweisen aufzunehmen.

Weiteres Vorgehen

Der Entwurf wird mit den beschlossenen Änderungen gebilligt und ist nach deren Einarbeitung öffentlich auszulegen.

200 7 Beschluss: 7:0

Der Bebauungsplanentwurf Nr. 77/07, zur Errichtung einer photovoltaischen Freilandsolaranlage östlich des Heizkraftwerks, Stand 09.07.2009, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu überarbeiten.

Das Verfahren (öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung) gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB ist nach Einarbeitung der vorgenannten Beschlüsse durchzuführen.

Az.: 6010

3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Bebauungsplan Nr. 69/01, zur Erweiterung des Sportzentrums an der Jahnstraße; Auslegungsbeschluss für die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

In der Gemeinderatssitzung am 08.02.2001 wurde mit Beschluss, Nr. 913, die Aufstellung eines Bebauungsplanes gemäß § 30 BauGB für die Erweiterung des Sportzentrums an der Jahnstraße, welches die Flurnummer 533 (Teil), 507 (Teil) und 534 (Teil) betrifft, beschlossen. Des Weiteren sind die Flurnummern 508 (Teil), 508/1 (Teil), 508/2 (Teil), 537 (Teil), 192 (Teil), 193/2 (Teil), 194/2 (Teil) und 198/4 (Teil) betroffen. Seit 2002 wurde das Bebau-

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

ungsplanverfahren aus wirtschaftlichen und programmtechnischen Gründen nicht weitergeführt.

Der Vorentwurf von Frau Regierungsbaumeisterin Beatrix Werner, München, vom 18.09.2009 wird zur Einsichtnahme vorgelegt. Die Planungen wurden in Abstimmung mit der Objektplanung, Architekturbüro Streit, Stegschuster und Partner, Waldkirchen, durchgeführt.

201 7 Beschluss: 7:0

Dem Entwurf des Bebauungsplanes 69/01 und dem Entwurf der Satzung jeweils in der Fassung vom 18.09.2009 wird zugestimmt.

Das Bebauungsplanverfahren gemäß § 3 Abs 1 und § 4 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) ist durchzuführen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange ist durchzuführen.

Az.: 6024
3.1; 3.4; 3.2; 3.3; 2.1

Bebauungsplanentwurf Nr. 73b/09, Kinderhaus Unterföhring Süd, Straßäckerallee; Abwägung der Anregungen im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 73b/09, Kinderhaus an der Straßäckerallee, lag in der Zeit vom 03.08.2009 bis einschließlich 11.09.2009 im Rahmen öffentlichen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 i. V. m. § 4a Abs. 3 BauGB (verkürztes Verfahren) aus. Die Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit hatten von 03.08.2009 bis 11.09.2009 die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Im Rahmen der Beteiligung von Bürgern wurden keine Hinweise oder Anregungen eingereicht.

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Hinweise bzw. Anregungen eingereicht:

- Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungsrecht
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege
- Landratsamt München - Kreisheimatpfleger
- Stadtwerke München Infrastruktur Region GmbH

Nach Abwägung der öffentlichen Belange wird zu den vorgebrachten Anregungen wie folgt Stellung genommen:

Landratsamt München – Bauplanungs-, Bauordnungs- und Raumordnungs-

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

recht

Das Schreiben vom 04.09.2009 wird bekannt gegeben, in dem auf redaktionelle Änderungen hingewiesen wurde.

202 7 Beschluss: 7:0

Zu 1

Die redaktionellen Anpassungen werden gemäß Punkt 1 vorgenommen. Artikel 91 BayBO wird angepasst in Artikel 81 BayBO. Bei Ziffer 4.2 wird entsprechend der Verweis auf die GaStellV eingefügt.

Zu 2

Keine Änderungen und Ergänzungen erforderlich, da in der Satzung ein maßstabsgerechter Plan (1:1000) ausgefertigt wird.

Zu 3

Der Nordpfeil wird noch entsprechend ergänzt.

Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege

Das Schreiben vom 18.08.2009 wird verlesen, in dem auf das Bodendenkmal D-1-7835-0286 (Siedlung der Münchshofer Kultur, der Oberlauterbacher Gruppe und der Latènezeit (5. bis 1. Jahrhundert v. Chr.) sowie Bestattungsort der Hallstattzeit und Körpergräber unbekannter Zeitstellung) im Bebauungsplanumgriff hingewiesen wurde.

Des Weiteren sind folgende Nebenbestimmungen in den Bebauungsplan zu übernehmen:

- Der Antragsteller hat im Bereich von Denkmalflächen eine Erlaubnis nach Art. 7 DSchG (Denkmalschutzgesetz) bei der Unteren Denkmalschutzbehörde einzuholen.
- Der Oberbodenabtrag für das Vorhaben ist im Einvernehmen und unter der fachlichen Aufsicht des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege im Bereich der geplanten Baufläche durchzuführen. Über die Notwendigkeit einer bauvorgreifenden archäologischen Untersuchung wird nach erfolgtem Oberbodenabtrag zu entscheiden sein.
- Nach dem Ergebnis des Oberbodenabtrags hat der Antragsteller eine sachgerechte archäologische Ausgrabung im Einvernehmen und unter der fachlichen Aufsicht des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege zur Sicherung und Dokumentation aller von der geplanten Maßnahme betroffenen Bodendenkmäler durchzuführen. Grundlage hierfür sind die Vorgaben zur Dokumentation archäologischer Ausgrabungen in Bayern und gegebenenfalls eine Leistungsbeschreibung des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege.
- Der Antragsteller hat alle Kosten der fachlichen Begleitung des Oberbodenabtrags und der Ausgrabungen zu tragen.
- Mit den bauseits erforderlichen Erdarbeiten darf erst begonnen werden, wenn die vorhandenen Bodendenkmäler sachgerecht freigelegt, dokumentiert und geborgen wurden.
- Die Untere Denkmalschutzbehörde behält sich ausdrücklich vor, weitere

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bestimmungen nachträglich aufzunehmen, zu ändern oder zu ergänzen sowie den Bescheid jederzeit zu widerrufen.

In diesem Fall ist die Meldepflicht gemäß Art. 8 Denkmalschutzgesetz nicht ausreichend und für die Bodeneingriffe im Bebauungsplanumgriff eine Erlaubnis gemäß Art. 7 DSchG erforderlich.

203 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss erachtet die gesetzliche Meldepflicht gemäß Art. 8 Denkmalschutzgesetz als sachgerecht und nimmt das Bodendenkmal D-1-7835-0286 unter Hinweise im Bebauungsplan auf.

Diese Hinweise sind bereits im Bebauungsplan 73/03 unter D Hinweise Pkt. 9 enthalten.

Dieser Bebauungsplanentwurf Nr. 73b/09 wird in einem Teilbereich geändert. Damit bleiben jedoch diese Hinweise, die bereits im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 73/03 enthalten sind, weiterhin gültig. Unter den Hinweisen ist folgende Nebenbestimmung aufzunehmen:

Bodendenkmäler sind gemäß Artikel 1 DSchG in ihrem derzeitigen Zustand vor Ort zu erhalten. Nach Artikel 7 DSchG sind Bodeneingriffe erlaubnispflichtig.

204 7 Landratsamt München - Kreisheimatpfleger

Das Schreiben vom 11.08.2009 wird bekannt gegeben, indem auf die Meldepflicht Art. 8 Denkmalschutzgesetz bei zutage tretenden Bau- und Bodendenkmäler hingewiesen wird. Diese Meldepflicht ist bereits im bisherigen rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 73/03 unter den Hinweisen enthalten.

Es ist keine Beschlussfassung veranlasst.

205 7 Stadtwerke München Infrastruktur GmbH

Das Schreiben vom 25.08.2009 wird bekannt gegeben, in dem auf die Erdgasversorgungsanlagen und die Fernwärmeversorgungsanlagen hingewiesen wurden. Beide Versorgungsanlagen befinden sich außerhalb des räumlichen Geltungsbereiches.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat für den Satzungsbeschluss

Die Grundzüge der Planung des Bebauungsplans Nr. 73b/09, Kinderhaus Unterföhring Süd, Straßäckerallee, sind durch die eingegangenen Stellungnahmen und Anregungen nicht berührt. Die eingegangenen redaktionellen Hinweise werden in den Bebauungsplan noch eingearbeitet. Eine erneute Auslegung ist nicht erforderlich und der Bebauungsplan Nr. 73b/09, Kinderhaus Unterföhring Süd, Straßäckerallee, kann dem Gemeinderat zum Sat-

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

zungsbeschluss vorgelegt werden.

Der Bebauungsplanentwurf Nr. 73b/09 kann daher als Satzung beschlossen werden.

206 7 Beschluss: 7:0

Dem Gemeinderat wird folgender Beschluss empfohlen.

In die Texthinweise des Bebauungsplans Nr. 73b/09, Kinderhaus Unterföhring Süd, Straßäckerallee, mit Begründung, in der Fassung vom 21.07.2009, sind die redaktionellen Hinweise aufzunehmen. Die Grundzüge der Planung des Bebauungsplans Nr. 73b/09 werden dadurch nicht berührt.

Der Bebauungsplan Nr. 73b/09, Kinderhaus Unterföhring Süd, Straßäckerallee, in der Fassung vom 21.07.2009 mit den eingearbeiteten, redaktionellen Hinweisen wird als Satzung beschlossen.

Das Verfahren ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB durchzuführen.

Az.: 6010

3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Bebauungsplan Nr. 73a/08, westlich des Gänsbachlweges, südlich der Föhringer Allee und östlich der Straßäckerallee, WA 49 bis 53; Anregungen des Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege

Der Bürgermeister verliest das Schreiben des Bayerischen Landesamts für Denkmalpflege vom 25.06.2009, in dem das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege der Gemeinde mitteilt, dass bei der Aufstellung und Beschlussfassung zum Bebauungsplanentwurf Nr. 73a/08, westlich des Gänsbachlweges, südlich der Föhringer Allee und östlich der Straßäckerallee, WA 49 bis 53, die Belange des Denkmalschutzes nicht sachgerecht abgewogen wurden.

Mit Stellungnahme vom 05.01.2009 wies das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege auf zwei mögliche Bodendenkmäler im Bebauungsplanumgriff sowie auf die Einholung einer Erlaubnis gemäß Art. 7 DSchG hin.

Der Bauausschuss Nr. 86 vom 03.02.2009 wird bekannt gegeben, in dem beschlossen wurde, einen konkreten Hinweis auf die beiden Bodendenkmäler in den Bebauungsplanentwurf aufzunehmen.

Mit Schreiben vom 03.03.2009 teilt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege mit, dass in diesem Fall die Meldepflicht gemäß Art. 8 DSchG nicht ausreichend ist und viel mehr eine Erlaubnis gemäß Art. 7 DSchG erforderlich sei und dies im Bebauungsplan festzusetzen ist.

Mit Gemeinderatsbeschluss Nr. 230 vom 14.05.2009 hielt der Gemeinderat an der bisherigen Beschlussfassung fest. Im Bebauungsplan Nr. 73a/08, westliche des Gänsbachlweges, südlich der Föhringer Allee und östlich der Straßäckerallee, wurde unter Ziffer 9 folgendes aufgenommen:

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bodendenkmäler, die bei der Verwirklichung des Bauvorhabens zutage kommen, unterliegen der Meldepflicht nach Art. 8 Denkmalschutzgesetz und sind dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege unverzüglich bekannt zu geben.

Es wird auf folgende Bodendenkmäler hingewiesen: D-1-7835-0285 „Körpergräber des frühen Mittelalters „und D-1-7835-0286 „Siedler der Münchshofer Kultur, der Oberlauterbacher Gruppe und der Latènezeit sowie vermutlich Grab der Hallstattzeit“.

Darüber hinaus wurde der Grundstückseigentümer auf das mit Schreiben vom 21.08.2009 auf die Bodendenkmälern und das Bayerische Denkmalschutzgesetz hingewiesen.

207 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss nimmt das Schreiben des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege vom 25.06.2009 zur Kenntnis. Eine erneute Auslegung, wie vom Bayerischen Denkmalamt angestrebt, wird aus folgenden Gründen nicht durchgeführt:

Im Bebauungsplan Nr. 73a/08, westlich des Gänsbachlweges, südlich der Föhringer Allee und östlich der Straßäckerallee, wurde unter Ziffer 9 der Hinweise festgesetzt, dass Bodendenkmäler, die bei der Verwirklichung des Bauvorhabens zutage kommen, der Meldepflicht nach Art. 8 Denkmalschutzgesetz unterliegen und dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege unverzüglich bekannt zugeben sind.

Durch diese konkreten Hinweise auf die beiden Bodendenkmäler im Bebauungsplan wurden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 5 die Belange des Denkmalschutzes hinreichend berücksichtigt.

Gemäß § 9 BauGB „können“ Festsetzungen für Flächen ohne Maßnahmen zum Schutz von Boden, Natur oder Landschaft getroffen werden. Damit ist keine zwingende Festsetzung vorgeschrieben.

Das Abwägungsgebot gemäß § 1 Abs. 6 BauGB ist damit aus Sicht der Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung ausreichend beachtet worden. Darüber hinaus wurde der Grundstückseigentümer im Bauvollzug mit Schreiben vom 21.08.2009 auf die Bodendenkmäler und auf das Denkmalschutzgesetz hingewiesen.

Az.: 610/10
3.1, 3.2

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Dachsanierung für den Garagenhof nördlich des Gernwegs (bei WA 7–10); Antrag auf Befreiung des Bebauungsplanes Nr. 34/85, Unterföhring Süd, 1. PA

Der Bürgermeister gibt den Antrag von Herrn Friedrich Soldner auf Befreiung des Bebauungsplans für die Garagen am Gernweg wegen Dachsanierung vom 27.07.2009 bekannt.

Herr Soldner stellte im Auftrag der Eigentümer der Wohnanlagen Dorfangerweg 16-32 (vertreten durch Herrn Friedrich Soldner), Gernweg 3-17 (vertreten durch Herrn Hans Grüner) und Dorfangerweg 56-74 (vertreten durch Herrn Erwin Schäffer) einen Antrag auf Befreiung des Bebauungsplans Nr. 34/85 für die Garagen am Gernweg

Aufgrund von immer öfter auftretenden undichten Stellen an den Flachdächern der zu o. g. Wohnanlagen gehörigen Garagen ist es dringend erforderlich, eine dauerhafte Lösung für die Dächer zu finden.

Alle Eigentümer mit Ausnahme von Herrn Bridger haben sich dafür Entschieden, die Garagen mit einem Pultdach auszuführen, um weitere Schäden zu vermeiden. Als Bestätigung der Einstimmigkeit der Eigentümer liegt der Gemeinde die Unterschriftsliste des Beschlusses in Kopie vor. Auch Herr Bridger, dessen Unterschrift auf der Liste fehlt, hat dem Beschluss zugestimmt, möchte aber sein Garagendach mit einer Dachfolie sanieren.

Die Dachsanierung hätte zur Folge, dass die im Bebauungsplan festgelegte Dachbegrünung entfernt werden müsste.

Die für die Begrünung errichteten Rankgerüste sind aufgrund des Witterungseinflusses mittlerweile morsch und z. T. beschädigt. Die Gerüste müssten saniert bzw. neu errichtet werden. Die Eigentümer sind jedoch nicht bereit, den hierfür fälligen finanziellen Aufwand zu tragen und haben beschlossen, dass die Gerüste aufgrund der Gefahr für Personen und Sachen abbauen zu lassen.

Der Bürgermeister gibt die Stellungnahme zur Beseitigung von Rankgerüsten im WA 9 und WA 10, sowie der Veränderung von begrünten Flachdächern durch Ersatz von Pultdächern in Blecheindeckung – Bebauungsplan Nr. 34/85, Unterföhring Süd, 1. PA von Frau Claudia Schreiber, Architektin in München, vom 21.07.2009 bekannt.

Hiermit wurde angemerkt, dass die Entfernung der Pergola und die Errichtung einer geschlossenen Überdachung mit Blecheindeckung im Bebauungsplan Nr. 34/85 nicht ist. Der Bebauungsplan regelt eine Eingrünung zu den Bauquartieren WA 9 und 10 und zu den seitlich anschließenden öffentlichen Räumen.

208

7

Beschluss: 7:0

Dem Antrag von Herrn Friedrich Soldner auf Befreiung des Bebauungsplans Nr. 34/85, Unterföhring Süd, 1. PA, wird mit folgenden Maßgaben zuge-

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

stimmt:

- Es ist eine Eingrünung dieser Überdachung des rückwärtigen und seitlichen Bereichs, sowie der Zufahrtsbereiche mittels Stahlseile etc. im bisherigen Umfang/Fläche vorzunehmen.
- Einer Ausführung der Dachform als Pultdach mit einer Neigung von max. 7° wird zugestimmt. Die Firsthöhe darf ein Maß von 3,0 m nicht übersteigen.

Auf die vorgelegte Zustimmung der Eigentümer der Baumaßnahme wird hingewiesen.

Az. 6210
3.1; 3.2

Verkehrsangelegenheiten:

Vorüberlegungen zur Errichtung eines verkehrsberuhigten Bereiches in der Egerlandstraße

Im Zuge der GEOVOL-Leitungsverlegungen wurden die Gräben entlang der Sudeten- und Egerlandstraße nur mit einem Provisorium (10 cm Tragschicht), bündig, versehen.

7

Aufgrund des Alters und Zustandes des Bestandes sollen beide Straßen im Jahre 2010 voll ausgebaut werden. Die Egerlandstraße als Verbindung zwischen der Feldstraße im Norden und Sudeten-/Bahnhofstraße im Süden sollte als eine Straße mit Schwerpunkt Anwohnerverkehr sowie für eine sichere Nutzung durch Fußgänger und Radfahrer ausgebaut werden. Resultierend aus der sehr geringen Gesamtbreite von z. T. unter 6 m empfiehlt sich in der Egerlandstraße die Planung eines verkehrsberuhigten Bereiches, da hier ein vorschriftsmäßiger Gehweg (nicht einmal einseitig) möglich wäre.

Die Sudetenstraße kann mit beidseitigem schmalem Gehweg voll ausgebaut werden.

Für die Straßenplanung soll ein Ingenieurbüro beauftragt werden.

209

Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss empfiehlt dem Gemeinderat, in der Egerlandstraße eine verkehrsberuhigte Zone zu errichten. Eine Anwohnerbefragung zu diesem Thema sollte unbedingt vor einer endgültigen Entscheidung durchgeführt werden.

Haushaltsmittel sind für das Jahr 2010 auf der Haushaltsstelle 6300.9610 einzustellen.

Az.
3.2

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Überlegungen zur Ortsbildgestaltung für die

a) Gestaltung der Bushaltestellen

b) Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum (Parkbänke)

c) Abfalleimer

a) Gestaltung der Bushaltestellen

Der Bürgermeister erläutert den aktuellen Stand der MVV Bushäuschen. Viele Bushäuschen in der Gemeinde sind teilweise beschädigt und über 15 Jahre alt und sollten ausgetauscht werden. Der Austausch von den insgesamt 22 vorhandenen Bushäuschen (von insgesamt 44 Bushaltestellen) soll nach und nach durchgeführt werden. Im Jahr 2009/2010 ist der Austausch von 12 Bushäuschen geplant.

Die Verwaltung hat Angebote von Bushäuschen eingeholt. Von der Firma Ziegler, Nebelschütz, wurde das wirtschaftlichste Angebot von ca. 4500,00 € brutto bis 5800,00 € brutto je nach Größe der Bushäuschen abgegeben. Die Bushäuschen Typ „Mars“ besitzen ein verglastes Satteldach und sind von allen 3 Seiten verglast. Die Pfosten sind in einer RAL-Farbe zu lackieren.

Folgende Farben werden dem Bauausschuss vorgelegt:

RAL Nr. 6009 tannengrün,

RAL Nr. 6005 moosgrün

RAL Nr. 6028 Kieferngrün

RAL Nr. 9006 weißaluminium

RAL Nr. 5017 verkehrsblau

RAL Nr. 5010 enzianblau

RAL Nr. 5007 brilliantblau (MVV blau)

Die entsprechende RAL Nr. ist festzulegen.

Des Weiteren ist festzulegen wie die Verglasung gekennzeichnet werden soll. Hier stehen Sichtstreifen – 2 Stück je Scheibe – und zusätzlich das Anbringen des Unterföhringer Wappens an den Seiten- oder Rückwänden zur Auswahl. Die Kosten für die Sichtstreifen betragen pro Stück 25,00 € brutto, das Wappen drucken mit weißen Hintergrund, lesbar von außen kostet pro Stück 70,00 € brutto, der Druck auf transparenter Folie mit stellenweise Weißdruck und Schutzlaminat zum Lesen von innen und außen kostet pro Stück 96,00 € brutto. Die Bushäuschen sind mit einem 3-Sitzer Stahlgitter-Sitz ohne Rückenlehne ausgestattet.

210

7

Beschluss: 7:0

Die künftigen Bushäuschen der Firma Ziegler, Nebelschütz, sind in der Farbe brilliantblau (MVV blau), RAL Nr. 5007, zu bestellen.

Die Scheiben sind mit je 2 Sichtstreifen zu versehen. Auf das Anbringen des Gemeindewappens wird verzichtet.

Entsprechende Haushaltsmittel sind auf HHSt. 7911.9620 für 2009/2010 eingeplant.

b) Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum (Parkbänke)

Derzeit sind im Gemeindegebiet Holz-, Metallbänke (weiß) und ein Sondermodell auf dem Tunnelweg vorhanden. Für ein einheitliches Ortsbild sollen

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

nach und nach die Parkbänke erneuert werden. Hierzu werden dem Bauausschuss einige Bilder von Parkbänken vorgelegt, damit eine Entscheidung hinsichtlich des Modells getroffen werden kann. Eine Parkbank aus Edelstahl erfordert die geringste Pflege, während eine Bank mit Holzbelattung regelmäßig gestrichen werden muss.

Eine Überlegung ist, das Modell der Parkbänke (Kosten ca. 1380,00 € brutto/Stück) und Abfallbehälter (Kosten ca. 790,00 € brutto/Stück), die am Tunnelweg aufgestellt sind, künftig in Unterföhring einzusetzen.

211 7 Beschluss:7:0

Der Bauausschuss stimmt einer Neuanschaffung von Parkbänken zu und entscheidet sich für das Modell in der Ausführung und Farbe (anthrazit) wie am Tunnelweg. Das Fabrikat 130 R der Fa. Benkert Bänke wie am Tunnelweg ist künftig im Gemeindegebiet aufzustellen.

Danach sind die aufgestellten Modelle (weiß, Metall, z. B. an St.-Valentin-Weg) kurzfristig auszutauschen und bei künftigen Standorten einzusetzen.

c) Abfalleimer

In der Gemeinde sind seit Jahren die orangefarbenen Abfalleimer im Einsatz. Dieser Abfallbehälter kostet in der Anschaffung ca. 70,00 € brutto und ist optisch gut erkennbar.

Um ein einheitliches Ortsbild mit neuen Parkbänken und passenden Abfalleimer zu erhalten, ist angedacht, neue Abfallbehälter aufzustellen. Dem Bauausschuss wurden einige Modelle von Abfallbehältern vorgestellt. Die Kosten betragen je nach Modell ab ca. 380,00 € brutto (Modell vom Tunnelweg 790,00 € brutto – dieser lässt sich nur aufwendig entleeren). Bei den Behältern sollte darauf geachtet werden, dass diese von unten entleert werden können, da keine Mülltüten benutzt werden, was eine einfache Entleerung durch den Bauhof ermöglicht.

212 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt einer Neuanschaffung von Abfallbehältern dem Grunde nach zu. Die Abfallbehälter sollen farblich den Parkbänken, die am Tunnelweg aufgestellt sind, angepasst werden. Das Fabrikat 130 R der Fa. Benkert Bänke wie am Tunnelweg ist künftig im Gemeindegebiet aufzustellen. Entsprechende Haushaltsmittel sind einzustellen.

Az. 6317

3.2; 2.1

Bauantrag von Frau Helene Frey und Rosemarie Haberl auf Neubau eines Einfamilienhauses mit Carport an der Ringstraße 7a

Der Bauantrag von Frau Helene Frey, Kirchheim und Frau Rosemarie Haberl, Zorneding zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Carport an der Ringstraße 7a, Fl.Nr. 1189/123 (Teilfläche aus Grundstück Fl.Nr. 1189/8) vom

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

01.09.2009 wird bekannt gegeben. Die Planzeichnungen des Architekturbüros Höfler, Ismaning, werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

Das Grundstück ist im Flächennutzungsplan als allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass gemäß den technischen Berechnungen des Architekturbüros Walter Höfler, Ismaning, vom 01.09.2009 die Grundstücksgröße (Fl.Nr. 1189/123) 440 m² mit einer Geschossfläche 166,88 m² (0,38 GFZ) beträgt. Es ist geplant, ein Einfamilienhaus mit Carport zu errichten.

Es wird festgestellt, dass der Bebauungsplan- und Baulinienplan Nr. IV/1BI 62/52 für den Bereich der Flurstücke an der Ringstraße zwischen der Münchner Straße und dem Heizkraftwerk München-Nord, nördlich des Föhringer Rings seit 23.06.2005 aufgehoben ist. Die Bebauung richtet sich nach § 34 BauGB und muss sich der Umgebungsbebauung anpassen.

Auf den Bauausschussbeschluss vom 28.06.2007, Nr. 777, Grundstück, Fl.Nr. 1189/7, Ringstraße 5 wird hingewiesen, in dem der Errichtung eines Einfamilienhauses mit Satteldach zugestimmt wurde.

214

7

Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss stimmt dem Bauantrag von Frau Helene Frey und Frau Rosemarie Haberl zur Errichtung eines Einfamilienhauses mit Carport an der Ringstraße, Fl.Nr. 1189/123 zu, unter folgenden Maßgaben zugestimmt,:

1. Die GFZ von 0,45 pro eigenständiges Grundstück darf nicht überschritten werden.
2. Die Höhenentwicklung muss sich der Umgebungsbebauung mit E + Dach (Satteldach) anpassen. Aus ortsbildgestalterischen Gründen und wegen der nicht gegebenen Einfügung in die Umgebungsbebauung wird einem Flachdach nicht zugestimmt.
3. Die Einhaltung der Abstandsflächen ist im Zuge der Baugenehmigung durch das Landratsamt München zu berücksichtigen.
4. Pro Einfamilienhaus sind zwei Stellplätze zu errichten und als solche dauerhaft zu unterhalten.
5. Eine ausreichende Erschließung für das geplante Bauvorhaben und den Bestand ist sicher zu stellen.

Az.: 602/1
3.1

Antrag der Firma TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm auf Genehmigung von drei Fahnenmasten

Der Bürgermeister gibt das Schreiben der Fa. Schmidmeir Werbetechnik vom 08.09.2009 bekannt, indem die Firma Schmidmeir im Auftrag der Firma TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm um Genehmigung von drei Fahnenmasten auf dem Grundstück Fl.Nr. 240/5 bittet. Die Fahnenmasten sind zylindrisch mit drehbarem Ausleger und 7 m hoch. Die Fahnen selbst haben

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

eine Größe von jeweils 300 x 120 cm.

Für das Grundstück besteht der Bebauungsplan Nr. 66/99. Im Bebauungsplan ist festgesetzt, dass Werbeanlagen an oder in Verbindung mit Einfriedungen unzulässig sind. Werbeanlagen innerhalb der Baugrundstücke dürfen eine Höhe von 3 m und eine Größe von 10 m² je Gebäudeseite nicht überschreiten und nicht über der Traufe angebracht werden.

Auf den erforderlichen Abstand zum öffentlichen Straßenraum wird im Besonderen hingewiesen. Jegliche Gefährdung ist auszuschließen. Die Gesamtfläche von 10 m² für die geplanten drei Fahnen ist einzuhalten.

215 7 Beschluss: 7:0

Dem Antrag der Firma TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm, zur Errichtung von drei Fahnenmasten an der Beta-Straße 13 mit einer maximalen Höhe von 7 m wird zugestimmt. Auf den erforderlichen Abstand zum öffentlichen Straßenraum wird im Besonderen hingewiesen. Jegliche Gefährdung ist auszuschließen. Die Gesamtfläche von 10 m² für die geplanten drei Fahnen ist einzuhalten.

Az.: 6024
3.1; 3.2

216 7 **Vorhabensbezogener Bebauungsplan Nr. 79/07, Produktionsstätte der Firma Techno Carbon Technologies GbR für das Gebiet an der Bauhofstraße; Sachstandsbericht**

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 10.04.2008, Nr. 1237, und den Bauausschussbeschluss vom 01.04.2009, Nr. 124, in Erinnerung, in denen über die Aufstellung und die Billigung des Bebauungsplanentwurfes entschieden wurde.

Der Bebauungsplanentwurf lag gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB in der Zeit von 25.05.2009 bis 26.06.2009 öffentlich aus. Die Träger öffentlicher Belange und die Öffentlichkeit hatten in diesem Zeitraum die Möglichkeit Anregungen und Hinweise zu dem Bebauungsplan Nr. 79/07 vorzubringen.

Die Gemeinde hat an den Vorhabensträger, Herrn Dr. Kuse, die entsprechenden Unterlagen weitergeleitet und steht mit ihm in engem Kontakt.

Aufgrund der umfangreichen Stellungnahmen können die Abwägungen und Hinweise erst in einer der nächsten Sitzung behandelt werden.

Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

Az.: 6010
3.1;

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Sachstandsbericht zur Lärmschutzwand entlang der S-Bahnlinie, Nähe Bajuwarenweg

Entlang des Einheimischenmodells an der Aschheimer Straße muss westlich der S-Bahn-Trasse in Verlängerung des Nordportals des S-Bahn-Tunnels eine 3 m hohe und 168 m lange Lärmschutzwand gemäß den Bebauungsplanfestsetzungen Nr. 71/02, Einheimischenmodell an der Aschheimer Straße errichtet werden.

Es wurden verschiedene Hersteller (Ausführungen in Fichtenholz, Beton, Recyclingmaterial) angefragt.

Gegenüberstellung der Lärmschutzwand-Varianten:

- | | |
|--|--|
| 1. Lärmschutzwand aus Nadelhölzern zwischen Stahlträgern auf Betonsockel
ca. 100.000 € brutto | <ul style="list-style-type: none">• geringer Schutz gegen Graffiti und Vandalismus;• optisch nur wenig attraktiv |
| 2. „Koko-Wall“ (Stahl-Kunststoff-Konstruktion ummantelt mit Kokosfasern
ca. 125.000 € brutto | <ul style="list-style-type: none">• hohe Graffiti- und Vandalensicherheit• optisch sehr ansprechend,• hohe Langlebigkeit |
| 3. Beton-Lärmschutzwand
ca. 150.000 € brutto | <ul style="list-style-type: none">• teuerste Variante• graffitiunsicher |

Alle Preise sind ohne Erdarbeiten und Fundamentierung

Zusätzlich:

Erstellung einer Carport-Anlage an der Westseite der Lärmschutzwand

Umsetzung der Carport-Planung;

Vorschlag der Verwaltung: Bis auf weiteres Teilfläche als Stellplatz mit wassergebundener Decke oder als Carport/Freifläche im Wechsel (gemäß Bebauungsplan)

Carport-Konstruktion in Holz oder Stahl möglich, ggf. direkt an Lärmschutzwand angebaut bzw. integriert

217 7 Beschluss: 7:0

Der Bauausschuss spricht sich für die Ausführungsvariante der Lärmschutzwand in „Koko-Wall“ aus. Die Festsetzungen des Bebauungsplans Nr. 71/02, Einheimischenmodell an der Aschheimer Straße, sind einzuhalten. Die Freiflächen entlang der Lärmschutzwand sind in Kies und einer Stabgitter-Zaunanlage bis zum Mittleren Isar-Kanal in (Zaunhöhe wie bereits bestehend im Norden) auszuführen. Die entstehenden Kosten sind bei der HHSt. 7910.9650 zu verbuchen.

Az. 6201
3.2, 3.1, 2.1

14. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 29.09.2009

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anfragen und Bekanntgaben

- Der Vorsitzende erinnert die Mitglieder des Bauausschusses an den Spatenstich des Kinderhauses an der Straßäckerallee am 30.09.2009 um 14:30 Uhr.
- Der Bürgermeister gibt den Beginn der Errichtung der Brunnenanlage zwischen dem Pflegeheim an der Hofäckerallee und dem St.-Valentin-Hof bekannt.
- Der Bürgermeister verliest die Bekanntmachung der Regierung von Oberbayern in der Süddeutschen Zeitung vom 29.09.2009 zur Ausleungsfrist für die Straßenbahn-Neubaustrecke der Stadtwerke München GmbH in München zwischen dem Effnerplatz und St.-Emmeram (Planfeststellung nach Personenbeförderungsgesetz in Verbindung mit Art. 72 ff Bayerisches Verwaltungsverfahrensgesetz).
Der Planfeststellungsbeschluss liegt in der Zeit vom 05.10.2009-19.10.2009 bei der Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Planungsreferat), Blumenstraße 28b sowie in der Gemeinde Unterföhring, Bauverwaltungsamt zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Schwarz
Erster Bürgermeister

Kapfenberger
Schriftführer